

Die Fragen stellte Prof. Dr. Christian Spatscheck, Hochschule Bremen, Forschungscluster Lebensqualität.

**Prof. Dr. Christian Spatscheck:**

*Frau Bundeskanzlerin, am Montag stellen Sie sich zum ersten Mal einem Bürgerdialog im Rahmen des Dialogs „Gut leben in Deutschland – Was uns wichtig ist“. Alle Regierungsmitglieder nehmen an solchen Veranstaltungen teil, auch online können Bürgerinnen und Bürger Fragen beantworten. Welche Rolle spielt das Thema Lebensqualität für die Bundesregierung?*

**Bundeskanzlerin Merkel:**

Die Bundesregierung hat sich als Ganzes vorgenommen, mit den Bürgerinnen und Bürgern in Deutschland in einen Dialog, in einen Austausch zu treten, um einfach herauszufinden: Welche Punkte sind den Menschen besonders wichtig, wenn es um ihr eigenes Leben geht, aber auch um das Zusammenleben geht. Der Hintergrund ist, dass wir sehr häufig Politik in Form von Gesetzen, von Verordnungen machen, aber die Frage nicht hundertprozentig beantworten können: Erfassen wir damit genau die Bereiche, in denen Menschen Schwerpunkte für ihr eigenes Leben setzen? Und deshalb besteht dieser Dialog darin, den Menschen zuzuhören oder eben über Online-Möglichkeiten mit ihnen in Kontakt zu treten. Und dann auch wissenschaftlich auszuwerten, welche Schwerpunkte wir für unsere zukünftige Politik setzen müssen. Sicherlich gibt es da auch zwischen den verschiedenen Parteien, die die Koalition tragen, unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. Aber erst einmal sollen möglichst viele Menschen im Lande zu Wort kommen.

*Ein großer Faktor für Lebensqualität sind geringe soziale Ungleichheiten und die reale Teilhabe an gesellschaftlichen Errungenschaften. Doch eigentlich alle Studien über Armut und Teilhabe in Deutschland der letzten Jahre weisen daraufhin, dass ein wachsender Teil von jungen Menschen, Familien und älteren Menschen bedroht ist, aus dem gesellschaftlichen Zusammenhalt herauszufallen. Wie schätzen Sie das ein? Welche Maßnahmen schlagen Sie hier vor?*

Ich glaube, dass es richtig ist, dass es Menschen gibt, die sich um ihre Teilhabe Sorgen machen. Dennoch können wir feststellen, dass durch die recht gute Lage auf dem Arbeitsmarkt die Ungleichheit in den letzten Jahren nicht gewachsen ist. Das ist im europäischen Vergleich schon ein Fortschritt. Ich glaube, wir haben sehr viel getan, um die Teilhabe von Frauen am gesellschaftlichen Leben zu verbessern – insbesondere auch von Alleinerziehenden –, indem wir in die Kinderbetreuungsmöglichkeiten investiert haben. Und wichtig sind natürlich die Ausbildung und die Bildung, die die Menschen bekommen. Da ist es erfreulich, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Europa überall höher ist als in Deutschland, wir also hier den Spitzenplatz haben. Aber auch damit können wir uns natürlich nicht zufriedengeben, weil jeder, der keine Ausbildung hat, in der Gefahr ist, dass er später nicht ausreichend Teilhabe am Leben hat. Gleichzeitig würde ich trotzdem sagen: Im weltweiten Vergleich, auch mit unseren Zahlungen für den Lebensunterhalt in Form von Hartz IV, haben wir ein Netz geknüpft, das es Menschen ermöglicht, hier doch auch am gesellschaftlichen Leben teilzuhaben, aber zufrieden

kann man damit nicht sein, sondern: weiterarbeiten in Richtung Arbeitsplätze, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, insbesondere der Langzeitarbeitslosigkeit.

*Unsere Forschungsergebnisse besagen: Lebensqualität steigt ganz stark in jenen Städten und Regionen an, die eine gute Infrastruktur bieten. Aber viele unserer Kommunen können ihre wachsenden Anforderungen mit den knappen Mitteln oft nicht mehr ordentlich bewältigen. Auch Ungleichheit und Wettbewerb zwischen den Regionen nehmen zu und verschärfen diese Entwicklung. Wie lässt sich das Auseinanderdriften der Regionen aufhalten?*

Wir haben ja in Deutschland viele Instrumente, um Regionen, die ärmer, oder Regionen, die besser gestellt sind, auch in ihrer Lebensqualität anzugleichen. Ein Instrument ist zum Beispiel der Bund-Länder-Finanzausgleich, über den jetzt gerade wieder sehr viel gesprochen wird. Wir haben als Bundesregierung zum Weiteren Kommunen in den letzten Jahren immer wieder sehr stark unterstützt und sie auch von Aufgaben entlastet. So haben wir die Grundsicherung für Ältere übernommen, so zahlen wir in Zukunft mit, wenn es um die Finanzierung der Eingliederungskosten, also der Leistungen für Behinderte geht. Das heißt, wir sehen, dass die Kommunen unter Druck sind, und gleichzeitig müssen wir aber natürlich sagen: Wir können uns alle nur so viel leisten, wie wir auch einnehmen. Der Bund hat es jetzt geschafft, keine neuen Schulden mehr zu machen. Und wenn man auch die Ungleichheit zwischen den Generationen im Blick hat, dann ist es ganz, ganz wichtig, dass wir nicht heute auf Kosten der Zukunft leben. Das heißt, wir müssen natürlich auch Prioritäten setzen. Und wir müssen alles daran setzen, dass wir bei Wissenschaft, bei Forschung gut sind, bei der Bildung gut sind, damit wir auch Höchstleistung weltweit vollbringen, mit denen wir dann auch wieder Steuergelder einnehmen, die wir verteilen können.

*Die Kritik am Transatlantischen Handelsabkommen TTIP entzündet sich vor allem entlang der geplanten Schiedsgerichte. Diese sollen Streitigkeiten zwischen Investoren und nationalen Regierungen jenseits der allgemeinen Rechtsprechung und parlamentarischen Gesetzgebung regeln. Für viele Menschen ist es nicht nachvollziehbar, warum bewährte Formen der Demokratie und des Rechtsstaates hier überhaupt verändert werden sollen und warum Abgeordnete erwägen, hier Einfluss abzugeben. Wie können Sie sicherstellen, dass die Lebensqualität und die Interessen der Bürgerinnen und Bürger hier nicht verkauft werden?*

Das Freihandelsabkommen mit den Vereinigten Staaten von Amerika kann einen sehr, sehr großen Nutzen für Arbeitsplätze, für den Warenaustausch – aber vor allen Dingen für Arbeitsplätze auch in Deutschland – haben. Die Erfahrung aus Freihandelsabkommen, die wir mit anderen Ländern, zum Beispiel mit Südkorea, geschlossen haben, zeigen, dass wir hier binnen kurzer Zeit eine Belebung des Handels hatten und damit auch mehr Möglichkeiten, Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern. Was den speziellen Teil der Schiedsgerichte anbelangt, so muss man erst einmal sagen, dass wir ja seit Jahrzehnten Schiedsgerichtsverfahren haben. Deutschland hat als Land sehr viele abgeschlossen. Die Kompetenz dazu ist jetzt ein Stück weit nach Europa gewandert; seitdem ist das auch Gegenstand der öffentlichen Diskussionen. Und wenn man von einem Rechtsstaat ausgeht, wie es Deutschland ist, dann kann man die Frage stellen: Brauchen wir solche Schiedsgerichtsbarkeiten? Wenn man aber Unternehmen fragt – auch deutsche Unternehmen –, wie es mit ihren Investitionen in Ländern ist, wo der Rechtsstaat nicht so ausgebildet ist, dann sind oft Schiedsgerichte die einzige Möglichkeit, dass Unternehmen ihr Recht einklagen können. Das heißt, es bezieht sich insbesondere eben auf Fragestellungen, bei denen man nicht sicher ist, ob der jeweilige Staat dem Unterneh-

men, zum Beispiel dem deutschen Unternehmen, auch wirklich Recht gibt. Dennoch finde ich es richtig, dass wir uns fragen: Wie können wir die Schiedsgerichtsbarkeit besser ausgestalten? Darüber wird im Augenblick mit der Europäischen Kommission geredet: Wie können wir es transparenter machen? Wie können wir die Qualität sichern? Und diese Diskussion ist sicherlich sehr nützlich.